

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4,50 RM, monatlich 1,50 RM, frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pf. Vollbezug: Kronachlich, vom Posthalter abzuholen 1,50 RM, vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.— RM, für das übrige Ausland 4,50 RM, monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM. Postbestellungen nehmen an: Tadmars, Holland, Varelburg, Schwaben und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheinung täglich.

Telegraphen-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Nebengebühren Retenelgeltebetet 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 50 Pf. (zählend 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pf. Einleitungs- und Schlusszeilenangelegen das erste Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Feuerungsantrag 50%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Berichte - Anzeigen 60 Pf. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgelesen werden. Gestrichen von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 10. Juni 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Französische Linien westlich der Dise genommen.

Neue Republik Georgien.

Auflösung der Transkaukasischen Republik.

Tiflis, 1. Juni. (Verspätet eingetroffen.) Am 26. Mai haben sich hier das transkaukasische Parlament, das der Träger der Staatshoheit in der transkaukasischen Republik war, und die transkaukasische Regierung aufgelöst. Am gleichen Tage um 4 Uhr nachmittags trat unter dem Vorsitz des Führers der Mehrheit Dschordania der georgische Landtag zusammen und rief die Unabhängigkeit Georgiens aus. Eine georgische Regierung wurde gebildet, in der Namschwili den Vorsitz, der ehemalige transkaukasische Ministerpräsident Tschenkeli das Außen- und Dschordjanadse den Krieg übernahmen.

Die Vorgänge im Kaukasus sind im allgemeinen sehr wenig bekannt. Die völlige Abtrennung des Nachrichtendienstes und des Verkehrs breitete über dieses Land einen dichten Schleier aus. Man erfuhr aus einem vom 12. Mai datierten Telegramm der türkischen Agentur, nachdem mehrere Monate vorher jegliche Mitteilungen ausgeblieben waren, daß Abgesandte einer neu entstandenen transkaukasischen Republik in Konstantinopel eingetroffen sind, die die Anerkennung der Unabhängigkeit dieses Staates beantragten. Später ist bekannt geworden, daß diese Abordnung in Berlin eingetroffen ist. Zwei spätere Meldungen der offiziellen türkischen Agentur vom 16. Mai und 19. Mai wollten zu melden, daß die Bolschewiki mit einem Mal Baku erobert haben und daß sie sich weiter ausbreiten. Wir knüpfen an die erste Meldung von der Einnahme der Stadt Baku dem Sinne nach die Bemerkung („Vorwärts“ vom 18. Mai), diese türkische Meldung lasse vermuten, daß die Türken dadurch weitere Ereignisse in Kaukasien anzukündigen wünschten. Diese Ereignisse sind nun eingetreten, allerdings nicht in der Form von Hilferufen usw., sondern in — wenigstens nach außen hin — etwas vereinfachter Gestalt.

Das oben abgedruckte, verspätet eintreffende Telegramm aus Tiflis vom 1. Juni bringt die Nachricht, daß die transkaukasische Republik durch Beschluß des Landesparlamentes vom 26. Mai sich auflöst hat und daß die Landesregierung nicht mehr besteht. Gleichzeitig trat das Parlament Georgiens, eines Teiles von Transkaukasus, zusammen und proklamierte die Unabhängigkeit und Souveränität der neuen Georgischen Republik. Die im Telegramm genannten Namen gehören alten, bewährten Parteigenossen. Sozialdemokraten menschewistischer Richtung, Dschordania und Namschwili, in der Arbeiterbewegung erarante, auf artoke Verdienste zurückzuführende Führer, waren Vitalisier der ersten Duma. Tschenkeli gehörte der vierten Duma an und war neben Tschcheidte der beste Redner und bedeutendste Politiker der sozialdemokratischen Dumafraktion.

Transkaukasus, das südlich des von Nordwest nach Südost sich hinziehenden hohen kaukasischen Bergammes gelegene Land, ist in der Hauptsache von drei annähernd gleich großen Völkerguppen bewohnt: Armeniern im Südwesten an der Grenze mit Türkisch-Armenien, Tataren, im Südosten und Georgiern (Grusinern) im Westen an den östlichen Ufern des Schwarzen Meeres und im Zentrum um die Stadt Tiflis. Die Landeshauptstadt ist Tiflis, frühere Hauptstadt des unabhängigen georgischen Königreichs, das im Jahre 1783, um sich vor der Bedrückung durch die erobrerungslustigen Russen zu retten, einen freiwilligen Anschluß an Rußland vollzogen hat. Seit das zaristische Rußland den ganzen Kaukasus in seine Hände bekam, schürte es unablässig den nationalen Kampf, unterstützte es die eine Nationalität gegen die andere. Der Zarismus hat auf seinem Gewissen entsetzliche Verbrechen, in denen aufgekettete Proletarier verschiedener Nationalität und Religion einander tödlich schlugen und vernichteten. Das Vordringen der Armenier, die auf dem Gebiete des Handels und der geschäftlichen Tätigkeit im allgemeinen sehr große Erfolge ernteten, führte zu immer stärkerem Verdrängen der Georgier. Die soziale Lage der georgischen Bevölkerung wurde immer schlechter, die Masse der Bauernschaft befand sich in halbfreudaler Abhängigkeit von den Grundbesitzern. Daher erklärte sich, daß die georgischen Bauern fast nur Sozialdemokraten wählten und diese dann im Bestande der Dumafraktion das sicherste Bollwerk der Sozialdemokratie bildeten.

Nach dem bolschewistischen Umsturz im November 1917 konstituierten sich die gewählten Vertreter der transkaukasischen Bevölkerung für die konstituierende Versammlung als das Landesparlament. Die Bestimmung des mit den Bolschewiki geschlossenen Prest-Litowsker Friedensvertrages, wonach Kreise mit armenischer und georgischer Bevölkerung an die Türkei zugesprochen wurden, waren für die Transkaukasier eine Ueberraschung. Ein Versuch, mit den Türken Verhandlungen einzuleiten, war gescheitert. Währenddessen lebten die Türken den Vormarsch in den Kaukasus weiter fort, ohne doch sich eine Grenze des Vorrückens erkennen läßt, es kam die oben wiedergegebene Meldung von der

Artilleriekämpfe und Teilvorföße — Starker italienischer Angriff auf den Monte Vertica gescheitert.

Berlin, 9. Juni 1918, abends. Amtlich.
 Westlich der Dise nahmen wir die Höhe von Ury und die anschließenden feindlichen Linien.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Der Artilleriekampf lebte am Abend vielfach auf und nahm heute früh im Kemmelgebiet, südlich von der Somme und an der Aste an Stärke zu. Teilangriffe der Franzosen südlich von Ypern, der Engländer nördlich von Beaumont-Camel wurden blutig abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
 An der Dise lebte die Geschützigkeit auf. Verfluchte Angriffe der Franzosen auf dem Südrücken der Dine und südlich des Durca scheiterten. Eigener Vorstoß östlich von Gurey brachte 45 Gefangene ein. Amerikaner, die nordwestlich von Chateaux-Thierry erneut anzugreifen versuchten, wurden unter schweren Verlusten und unter Einbuße von Gefangenen über ihre Ausgangsstellungen hinaus zurückgeworfen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.
 Bei erfolgreicher Unternehmung auf dem Ostufer der Mosel machten wir Gefangene.

Leutnant Kroll errang seinen 24. und 25., Feldwebel Rumez seinen 23. Luftflug.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 9. Juni. Amtlich wird verkündet:
 Die italienische Erkundungstätigkeit erfuhr gestern eine weitere Steigerung; sie blieb überall erfolglos.

In den Subalpinen und bei Asiago trieb der Feind Abteilungen von Bataillionsstärke gegen unsere Stellungen; sie wurden durch Feuer abgewiesen.

Sehr erbitterte Kämpfe entwickelten sich aus den wiederholten Angriffen auf den Monte Vertica. Der Feind stieß hier nach heftigem, um Mittag zu größter Kraft anwachsenden Geschützfeuer in ein Kilometer Frontbreite vor. Seine Anstürme scheiterten an der trefflichen Wirkung unserer Artillerie und an der Tapferkeit der Kämpfer im Schützengraben. In stark gestärkten Reihen stürzte der Angreifer auf seine Linien zurück. Gefangene und Kriegsmittel blieben in unserer Hand. Besonders Anführung verdient das bewährte Kommando Feldjägerbataillon Nr. 19; es hat den Hauptanteil am Erfolg.

Auch an der Piademündung scheiterten alle Erkundungsveruche des Gegners. Der Chef des Generalstabes.

Die Höhe von Gurey liegt südwestlich von Lassigny. Die deutsche Front, die westlich der Dise von Kobon nach Omsillers bisher hochhohl zurückgebogen war, ist durch den neuen Vorstoß erfolgreich nach Süden vorgeschoben worden.

Bedrängnis der tatarischen Bevölkerung durch die Bolschewiki, wonach die korrespondierenden Maßnahmen der Türken und eine den Türken günstige Bewegung der Tataren erwartet werden mußten. Unter diesen Umständen wurde der transkaukasischen Republik der Boden abgegraben und die Georgier suchen nunmehr, durch die Proklamierung ihrer Unabhängigkeit den Bestand Deutschlands zu erhalten, um auf diese Weise ihren Bestand, so weit es geht, zu retten. Ueber das Los und die Schritte der Armenier verlautet bis jetzt noch nichts.

Wir verzeichnen noch folgende Meldung des Berliner Bureaus der Petersburger Telegraphen-Agentur:

„Das in Tiflis erscheinende Organ der Bolschewiki „Kaher“, d. h. der Partei, zu der Tschcheidte und Zeresteli gehören, verspricht der jetzigen transkaukasischen Regierung von Gegeischlori und Tschenkeli keine Lebensdauer, indem diese Regierung von vornherein keinen Einfluß in der Bevölkerung besitzt, und sich nur auf den muslimanischen Feudalismus stützt. Seine Politik wird von den Bolschewiki eine diplomatische Hochstapelei genannt, die den Untergang des ganzen Landes nach sich ziehen kann.“ Das Blatt fügt nach Meldung der Agentur die Vermutung hinzu, daß Temfil Pascha die georgische Regierung nach dem ukrainischen Muster behandeln werde.

Aus dieser etwas unklaren Anspielung auf den muslimanischen Feudalismus geht jedenfalls hervor, daß unter den georgischen Bolschewiki in bezug auf die Staatsbildung und die Frage der Anlehnung an Deutschland bedeutende Meinungsverschiedenheiten herrschen.

Kaubbau an der Volkskraft.

Die Gewerbeaufsicht in der Kriegszeit.

Das Erscheinen der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten bildete in den letzten Friedenszeiten immer ein sozialpolitisches Ereignis. Gaben sie doch stets willkommene Gelegenheit zur kritischen Betrachtung unseres Arbeiterschutzes. Um so schmerzlicher ist der Wegfall der Berichte jetzt in der Kriegszeit, in der dem Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter eine erhöhte Bedeutung beizumessen ist. Mit Recht ist daher namentlich von der Sozialdemokratie mehrfach die Wiederherausgabe der Berichte gefordert worden.

Wenn jetzt der preussische Minister für Handel und Gewerbe dem Drängen durch Veröffentlichung einiger Uebersichten über die Beschäftigung der Arbeiter in gewerblichen Betrieben und die Ueberwachungsstätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten im Jahre 1917 entgegengekommen ist, so wird den Wünschen nach den früher üblichen Berichten nur unvollkommen genügt.

Zunächst ist ersichtlich, daß die Konzentration der gewerblichen Anlagen weitere Fortschritte gemacht hat. Die Zahl der Betriebe mit mindestens zehn Arbeitern verminderte sich in Preußen von 175 436 im Jahre 1913 auf 172 268 im Jahre 1917. Die Zahl der kleineren Betriebe, für die aber besondere Vorschriften des Bundesrats gemäß § 120e der Gewerbeordnung erlassen sind und die somit auch zu den „revisionspflichtigen“ Anlagen gehören (wie Gerbereien, Hobhaarspinnereien, Maler- und Lackierwerkstätten usw.), verminderte sich von 75 012 auf 60 532. Noch deutlicher tritt die Zentralisation in der Verchiebung der Arbeiterbestände in die Erscheinung. Während sich in den großen „Fabriken“ die Zahl der überhaupt Beschäftigten nur von 3 633 618 auf 3 530 111 verminderte, ging sie in den kleinen Betrieben von 1 74 588 auf 70 194 zurück.

Das besondere Kennzeichen der Kriegszeit ist eine Veränderung in der Zusammensetzung der Arbeiterbestände. Während in den Fabriken die Zahl der männlichen Arbeiter über 16 Jahre von 2 662 152 auf 1 956 202 zurückging, vermehrte sich diejenige der weiblichen von 687 734 auf 1 240 593. Die Zahl der beschäftigten jungen Leute von 14 bis 16 Jahren vermehrte sich von 280 148 auf 327 904, die der Kinder unter 14 Jahren von 3584 auf 6012. Das sind ganz gewaltige soziale Umwälzungen, die sich in diesen Ziffern offenbaren. Es stieg die Zahl der beschäftigten erwachsenen Arbeiterinnen in der angegebenen Zeit im Vergleich von 1 147 auf 10 678, in den Walz- und Hammerwerken von 309 auf 15 616, in der Industrie der Maschinen und Instrumente von 5 1513 auf 3 27 512. Unter den einzelnen Bezirken des Reiches ragen besonders Berlin, Potsdam und Düsseldorf hervor.

Die Gesamtzahl der Revisionen der Betriebe hat im allgemeinen abgenommen, und zwar die der Fabriken von 177 432 im Jahre 1913 auf 129 464 im Jahre 1917, die der kleineren Anlagen von 13 058 auf 3292. Die Revisionen in der Nacht verminderten sich von 2903 auf 1020, die an Sonn- und Festtagen von 4958 auf 1660. Die Aufmerksamkeit wurde besonders auf die großen Betriebe gelenkt, was daraus hervorgeht, daß sich die Zahl der im Laufe des Jahres einmal revidierten Betriebe von 84 149 auf 32 965 verminderte, die der zweimal revidierten von 12 697 auf 9811, dagegen die der drei- oder mehrmal revidierten sich von 6875 auf 10 731 vermehrte. So kam es auch, daß sich die Zahl der revidierten Fabriken von 88 709 auf 48 639, die der in diesen revidierten aber nur von 3 066 207 auf 2 946 810 zurückging. Gemessen an der Gesamtzahl der revisionspflichtigen Fabriken verminderte sich die Zahl der wirklich revidierten von 50,6 auf 28,2 vom Hundert.

Am interessantesten sind die Angaben über die festgestellten Zuwiderhandlungen gegen die Arbeiterschutzbefehle. Durch ein Notgesetz vom 4. August 1914 haben bekanntlich die Verwaltungsbehörden das Recht, den Unternehmern Ausnahmen von der Einhaltung dieser Vorschriften zu gestatten. Schon diese Möglichkeit der Ausnahmen hat den Zuwiderhandlungen Tür und Tor geöffnet. Die Fälle, in denen unerlaubter Weise die Arbeiterinnen die Dauer der Beschäftigung (10 Stunden täglich) überschritten, vermehrten sich von 2 869 im Jahre 1913 auf 6108 im Jahre 1917, die der Nichtbeachtung der Mittagspause von 3 733 auf 9 292, die der Uebertretung des Verbots der Nachtarbeit von 727 auf 13 398 (1), die der verbotswidrigen Beschäftigung von Wächterinnen von 72 auf 759 usw.

Ähnlich verhielt es sich mit den Zuwiderhandlungen gegen die Schutzbefehle für jugendliche Arbeiter. Die Uebertretungen des Verbots der Nachtarbeit vermehrten

sch von 162 auf 1209 Fälle usw. Hierbei ist besonders zu berücksichtigen, daß es sich um mehr zufällige Feststellungen bei den Betriebsrevisionen handelt. Da die Zahl der Revisionen abgenommen hat, hätte eigentlich auch die Zahl der festgestellten Verstöße abnehmen müssen. Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich, daß die Zahl der Zuwiderhandlungen noch viel größer ist, als in den Ziffern zum Ausdruck kommt, und daß die nicht entdeckten Gesetzesübertretungen einen riesengroßen Umfang haben. Die Ursache liegt in dem Ausnahmefall vom 4. August 1914, das wenigstens die Kontrolle durch die Arbeiterchaft fast unmöglich macht.

Die Anzahl der Anlagen, in denen Zuwiderhandlungen festgestellt wurden, verminderte sich von 3671 auf 2245 bei den Verstößen gegen die Arbeiterschutzvorschriften und von 6017 auf 1754 bei den Bestimmungen zum Schutze der jugendlichen Arbeiter. Die Verminderung ist eine Folge der Zusammenlegung der Betriebe und der Abnahme der Zahl der Revisionen. Auffällig ist die gewachsene Milde gegen die Unternehmer. Während im Jahre 1913 noch 1858 wegen der Zuwiderhandlungen bestraft wurden, verminderte sich die Zahl auf 239 im Jahre 1917. Eine solche „Sühne“ kann auf keinen Fall abschreckend wirken.

Die Genehmigung von Sonntagsarbeit nach § 105f der Gewerbeordnung soll abgenommen haben. Die Bewilligung von Ueberarbeit von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern hat einen wachsenden Umfang. Von 1916 auf 1917 stieg die Summe der bewilligten Ueberstunden von Arbeiterinnen von 15 auf 23 Millionen, die der von „jungen Leuten“ von 7 auf 8 1/2 Millionen. Die Zahl der Arbeitstage, für die für Arbeiterinnen Nachtarbeit erlaubt wurde, stieg von 25 Millionen im Jahre 1916 auf 44 Millionen im Jahre 1917, die der für jugendliche Leute unter 16 Jahren von 3 1/4 auf 5 1/4 Millionen. Besonders bedauerlich ist, daß die zweiteilige Arbeitsschicht, also die Teilung des Tageswerks in Tag- und Nachtschicht von je rund 12 Stunden, noch die vorherrschende ist. Im Jahre 1917 wurde in Preußen für 26 Millionen solcher Nachtschichten von Arbeiterinnen die behördliche Erlaubnis gegeben. Die Arbeitgeber jugendlicher Arbeiter erhielten die Genehmigung zu rund 3 1/2 Millionen solcher Nachtschichten. Die Zahl der Betriebe mit dreiteiliger Arbeitsschicht von je acht Stunden ist noch stark in der Minderheit. Ihre Existenz in allen Berufs- und Industriezweigen beweist aber, daß sie sehr wohl möglich ist.

Das Bild des Arbeiterschutzes in der Kriegszeit ist überaus traurig. Der Raubbau an der Arbeitskraft der Frauen, Mädchen und Kinder wird sich schwer rächen. Die ohne jede textliche Bearbeitung veröffentlichten Ziffern der Gewerbeaufsicht können die Sozialdemokratie nur in ihrer Forderung bestärken: Fort mit dem Ausnahmefall zum Arbeiterschutz! Die Aufhebung muß so bald wie möglich durchgeführt werden!

Die deutsch-englische Konferenz über Gefangenenaustausch.

Haag, 8. Juni. Korrespondenzbureau. Heute nachmittag wurde die Konferenz über Kriegsgefangenenangelegenheiten im Treves-Saal eröffnet. Der Minister des Auswärtigen, Loubon, leitete die Zusammenkunft. Man erwartet, daß die Konferenz zehn bis vierzehn Tage dauern wird.

Bei der Eröffnung der Kriegsgefangenenkonferenz hielt der Minister des Auswärtigen Loubon, eine Rede, in der er seiner Genugtuung über die zweite Zusammenkunft im Haag während des Krieges, die sich zur Aufgabe stellte, das Los der Kriegsgefangenen zu bessern, Ausdruck gab. Der Minister erinnerte an die verschiedenen Punkte, über die man sich im Jahre 1917 geeinigt habe, und an die segensreichen Folgen, die sich daraus für Tausende ergaben, und berührte dann kurz einige Gegenstände, über deren Behandlung in der jetzigen Konferenz man sich bereits verständigt habe. Er fuhr fort: Wenn Holland, das mitten zwischen den kämpfenden Völkern liegt und infolge des Krieges immer

mehr Entbehrungen zu erdulden hat, durch das Angebot von Gastfreundschaft zur Milderung des Loses der Kriegsgefangenen beiträgt, so kann auch auf seine weitgehende Bereitwilligkeit, bei der Heimführung von Gefangenen mitzuwirken und Hilfe zu leisten, gerechnet werden. Der Minister gab dann der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Verhandlungen in derselben entgegenkommenden Gesinnung geführt werden würden, die voriges Jahr vorhanden gewesen sei, und sprach unter Hinweis auf die Ergebnisse der deutsch-französischen Verhandlungen in Vorn die Hoffnung und die feste Erwartung aus, daß die Konferenz Erfolg haben werde.

Sodann verließ Minister Loubon die Sitzung, die unter Leitung des Gesandten Trevesburg fortgesetzt wurde. Es gelangte das Programm für die Konferenz

zur Besprechung. Die Konferenz wird sich u. a. mit den folgenden Punkten beschäftigen: 1. Einhaltung der bereits bestehenden Uebereinkünfte, 2. Behandlung und Beschäftigung der Kriegsgefangenen, 3. Vergeltungsmassregeln, 4. Vorbereitung des Abkommens über die Rückkehr in das Vaterland über die Internierung in einem dritten Lande von Kriegsgefangenen und bürgerlichen Internierten, 5. die bei der Auswahl der unter Punkt 4 fallenden Kategorien von Kranken und Verwundeten einzuhaltenden Methoden, 6. Verbesserung der Zustände in Lagern mit Einschluß der Ernährung von Kriegsgefangenen und Internierten.

Nach einigen Beratungen allgemeiner Art wurde die Sitzung auf nächsten Montag vertagt.

An Ardre und Marne.

Berlin, 9. Juni. (B. T. V.) Der deutsche Vorstoß im Ardre-Gebiet, bei dem 300 Gefangene gemacht und mehrere Maschinengewehre erbeutet wurden, traf in die Reihen französischer und englischer Divisionen und zwang die Franzosen zur eiligen Veranforderung von Verstärkungen, sowie zu verlustreichen Gegenangriffen. Das deutsche Feuer liegt mit großer Heftigkeit auf den rückwärtigen Verbindungen der Franzosen und Engländer, vor allem auf den Marne-übergängen von Fort-a-Vinson bis Epernay. Mehrere Brände wurden beobachtet.

Skizze zu den letzten Fortschritten



Die Frage der Einberufung des österreichischen Reichsrats.

Wien, 9. Juni. (Melbung des Wiener K. K. Telegr.-Korrespondenzbureau.) Den Blättern zufolge hatte Ministerpräsident v. Seidler gestern Besprechungen mit verschiedenen Parteiführern, denen er die Voraussetzungen mitteilte, unter welchen er die Einberufung des Reichsrates noch im Juni für möglich halte. Der Ministerpräsident erbat die ehestige Antwort der Parteien und bezeichnete als äußersten Termin den 15. Juni. In der nächsten Woche werden die meisten Parteien Beschlüsse über ihre tatsächliche Haltung fassen.

findet sich absehblich, doch fehlt ihm alles Vertrauen, daß er durch eigene Kraft des Willens sich je ändern könne. Er bewundert Abel, der, Gott und den Menschen angenehm, leicht allen Pflichten nachkommt und gedankenlos auch jugendlichen Leichtsinn nicht verschmäht. Er, der den Bruder morden wird, schrickt vor dem Gedanken an die Tötung eines Opferlandes wie vor etwas Gräßlichem zurück. Und diese eiferfüchtige Verwunderung paart sich mit einem Einschluß krankhafter Erotik. Mit magischer Gewalt zieht's ihn, der noch nie ein Mädchen berührt, zu dem schönen Bruder; heimlich küßt er ihn, wenn er ihn schlafend findet. Gewiß, in diesem feischen Gemälde des verbitternen und sich verstoßen dankenden jugendlichen Gemüts sind Züge von großer Feinheit, aber die Ueberfälle der durcheinander wogenden Regungen verwirrt, und man versteht vor allem nicht, warum der Dichter keine Gestalt auf den Namen Kain, mit dem so völlig andere Vorstellungen sich verbinden, getauft hat. Daß dieser eingeschüchterte und dann wieder extatisch aufbegehrende Dursch, durch die harte Entgegnung des Bruders, der sich sein ewiges Spionieren verbittet und welchem dabei Worte lächerlichen Hasses auf die Lippen bringen, zu dem Entschluß des Mordes aufgestachelt wird, erscheint als bloßer, wenn überhaupt, nur pathologisch erklärbarer Zufall, wirkt nicht als tragisches, aus tiefen feischen Notwendigkeiten erwachsenes Geschick, das fortreißt und erschüttert. — Der innere Kontrast der Brüder, von Kains Herzlichkeit und Abels sonnig frohem Sinn, kam in der Darstellung der Herren Deutsch und Thimi höchst eindrucksvoll heraus. Sehr gut war auch Decarli als patriarchalisch-bäuerlicher Adam.

„Der Besuch aus dem Elysium“ von Franz Werfel.

Voran ging ein hier und da von Zwiesgesprächen unterbrochener Monolog „Besuch aus dem Elysium“ von Franz Werfel, der unter den jungen Krieger in dem gedrängten bildreichen Schwunge seines Pathos als die bedeutendste Erscheinung gilt. Auch dieser Monolog ist schließlich Lyrik, ein phantasiereiches Dinauf und Derauf auf schwanker Leiter der Gefühle, die sich noch nicht zu festem feischen Gebilde formten, wie das Bedürfnis des Theaters sie verlangt. Der einstige Verehrer einer ehemals jungen Dame, der nach verlorener Nüchternheit um die sich prägend verjüngende Geliebte, in seiner Phantasie einen Strahlenkranz der wunderbarsten Herrlichkeiten wohnt, sucht die schon lang Vernachlässigte noch einmal aus dem Totenreich auf. Der Schwärmer hatte sich, wie der jugendliche Held von Tolstoj „Komödie der Liebe“ in eine bunte Begleitescene für jene Art der Liebe, der es bestimmt ist, Schmeichele zu Weiben, hineinphantasiiert. Er will der Angebeteten, die ja in Wahrheit nicht viel mehr als ein trübseliges Gänsgen war, nachträglich noch dafür danken, daß sie durch ihre Weigerung die

Das japanisch-chinesische Abkommen.

Zwar defensiv, aber ...

Amsterdam, 8. Juni. „Algemeen Handelsblad“ zufolge erfährt „Daily Express“ aus Tokio, daß der japanische Militärdelegierte General Utsi über das japanisch-chinesische Abkommen erklärte, das Abkommen sei zwar defensiv, sei aber deswegen nicht notwendig auf die Verteidigung beschränkt. Es beziehe sich auch nicht nur auf den Osten. Die japanische Regierung habe Munitionsbureaus zur Ausführung des krieglich angenommenen wirtschaftlichen Mobilisierungsgesetzes eingerichtet; außerdem ist ein Munitionsrat, der aus 50 Sachverständigen der Industrie und der Wissenschaft besteht, eingesetzt worden.

Deutschland und die sibirische Bahn.

Moskau, 9. Juni. (Melbung der Petersburger Telegraphenagentur.) In einem der bürgerlichen Presse zugehörigen Telegramm aus Paris heißt es, daß man in Paris über Stockholm erfahren habe, daß in Moskau Verhandlungen über eine künftige deutsche Beaufsichtigung der sibirischen Bahn bis Jekul begonnen würden. Gleichzeitig verlangt die französische Presse unter Hinweis auf obige Depesche ein rasches Einschreiten Japans gegen Rußland.

Die Stockholmer Mitteilungen sind von Anfang bis Ende erfinden. Keinerlei Verhandlungen über eine Uebertragung der sibirischen Bahn an die Deutschen haben stattgefunden, ebensowenig irgendeine Forderung oder ein Vorschlag von Seiten der deutschen Regierung in dieser Hinsicht. Die Depesche stammt aus den gegenrevolutionären russischen Kreisen, die durch diese Nachricht die Alliierten zu einer schrofferen Haltung gegenüber Rußland veranlassen wollten.

Die Reform des schwedischen Gemeindevahlrechts.

Der Widerstand der Ersten Kammer.

Stockholm, 8. Juni. Der Regierungsvorschlag auf Reform des Gemeindevahlrechts wurde in der Ersten Kammer mit 70 gegen 50 Stimmen abgelehnt. Die Zweite Kammer nahm den Antrag mit 122 gegen 50 Stimmen an.

Die Reform des Gemeindevahlrechts hat in den letzten Kabinettskrisen Schweden eine einflussreiche Rolle gespielt. Das Andringen von links hat auch diese Forderung oben auf ihre Fahne stehen, und die Regierung hat ihrer Verpflichtung, dieser Forderung Genüge zu tun, gehorcht. Wie aber die Abstimmung in den beiden Kammern zeigt, ist der Widerstand der Rechten noch nicht gebrochen.

Sofortige Deportation für lästige Ausländer.

Washington, 7. Juni. (Reuter.) In einem neuen Gesetz, über das im Repräsentantenhaus jüngst berichtet wurde, wird angeordnet, daß sämtliche ausländischen Anarchisten in den Vereinigten Staaten festgesetzt und für die sofortige Deportation bereit gehalten werden sollen. Das jetzt geltende Gesetz verbietet die Deportation von Ausländern, wenn sie fünf Jahre im Lande gewesen sind.

Mit solchen Rechten räumt die demokratische Union nunmehr radikal auf, und da bei derlei drakonischen Gesetzen die Paragrafen aus Kautschuk gefertigt zu werden pflegen, werden der richterlichen Feststellung, was alles als Anarchist behandelt werden darf, die weitesten Grenzen gegeben sein.

Bei den Wahlen für das rumänische Parlament, das aus zwei Senatskollegien und drei Kammerkollegien gebildet wird, wurden am Donnerstag für das erste Kammerkollegium 66 Regierungskandidaten, 3 Carpien, und zwar Peter Carp, sein Sohn Gregor Carp und der ehemalige Minister Rentescu sowie General Averescu als Unabhängiger gewählt. Die Wahlen verlaufen ruhig und ohne Zwischenfälle. Die Parlamentsitzungen, die am 17. Juni beginnen sollen, werden im Jaffier Nationaltheater abgehalten werden.

Deutsches Theater: Aufführung des Vereins „Das junge Deutschland“.

„Kain“ von Friedrich Koffka.

Zwei Dichtern der jungen Generation widmete gestern mittag das Deutsche Theater seine Kunst. Friedrich Koffka und Franz Werfel sind ihre Namen. Mit dieser Sonntags-Aufführung schloß der erste interessante Zyklus von Vorstellungen, durch die der neugebildete Verein „Das junge Deutschland“ die Stücke junger, sonst kaum gespielter Dichter auf ihre Bühnenkraft erproben will. Hoffentlich ist seiner Wirksamkeit auch weiterhin ein günstiger Fortgang beschieden.

Die wenigen Zeilen im ersten Buche Mose über den Brudermord, den Kain, der Ältere von Adams Söhnen, an Abel den Jüngeren, verübte, lassen die inneren Beziehungen in dem Verhältnis der beiden zueinander ganz im Dunkel. Die Tat wird einzig damit motiviert, daß Gott, der das Fruchtkorn des Adermannes Kain abwesend, das Tieropfer des frommen Hirten Abel „gnädiglich angenommen“ habe. Dadurch war Kain zum Grimm gereizt, und „es begab sich, da sie auf dem Felde waren, erhob sich Kain wider seinen Bruder Abel und schlug ihn tot“. Im übrigen erfährt man nur, daß Kain, als Gott ihm um seiner Tat willen verfluchte, Worte der tiefen Reue spricht: „Meine Sünde ist größer, als daß sie mir vergeben werden möge“. Das Bild des finsternen und gewalttätigen Jünglings, der als erster Menschenblut vergossen, spielt in der christlichen Ueberlieferung eine große Rolle, und Woron hat dann später die Gestalt in seinem Drama „Kain“ zu einem machtvollen Typus menschlichen Rebellenstums geprägt, das sich im höchsten Troste wider die Gottheit selber auflehnt, und Lucifer, dem gefallenen Engel und ewigen Widersacher des Herrn, huldigt. In gewaltigen Gestalten läßt der den schauerlich erhabenen Kreislauf des Weltalls vor Kains Wild vorüberziehen. Zurückgekehrt wird Kain in seinem Halse wider Gott zum Räuber Abels, als dieser seinen Opferaltar wider Kains frevelhaften Angriff schütten will. In sinnloser Erregung über solchen Widerstand erschlägt er ihn mit einem vom Altar gerissenen Feuerbrand.

Das Koffka zu dem alten Mythos hingezogen, dem diese Dichtung eine klassische symbolische Prägung lieh, bleibt dem Zuschauer unklar. Er macht aus Worons stolzen Uebermenschen ein minderwertig dumpf-verworfenes Geschöpf, das höchstens unser Mitleid rühren kann. Dieser Kain, auch an Gestalt und Antlitz häßlich, gilt seinem Vater Adam, von dem er ohne Widerstand jedwede Bästigung hinnimmt, als unverbesserlicher Tagedieb. Er selber

Kraft der Sehnsucht zu ihm zu so hellen Flammen wachsen ließ. Diese Erinnerung hat ihm den Sporn gegeben, der ihn in seinem weiteren Leben zu allem Großen trieb. Er renomierte mit dem Erfolge, die er so erzwungen. Doch plötzlich, als der irdische Gemahl erscheint, verfliegt der Rauch und hinter der verklärten Selbstphilosophie erhebt sich wieder der alte Erdengram, daß er sie nicht besitzen durfte. Aus der eisigen Schattenwelt, zu der sein eigenes Schattenleben auf der Erde nur ein Vorpiel war, verlangt es ihm nach warmer Wirklichkeit und dem beschränkten aber fählich klaren Glück, das sie zu bieten hat, zurück. Wie im Traum bild fliehen die Gegensätze ineinander über, und wie im Traum bild verschwindet plötzlich die Gestalt in Dunkel. Ein Spiel der Reflexion in lyrischem Gewand. Dem Darsteller Herr Konrad Reidt gelang es, das vage unbestimmte Beschwebende in Ton und Haltung stimmungslos abzuspiegeln.

Die Wissenschaft vom Gerücht.

Nach beinahe vier Kriegsjahren treten doch noch manchmal Kriegsgerüchte auf, ganz wie im Beginn des Krieges, wenn auch nicht mehr im gleichen Grade; ganz besonders häufig ist es, daß unerbittlich Gerüchte von großen neuen Gefangenen- und Leuteschicksalen verbreitet werden, die allgemein geglaubt werden. Wie kommen solche falschen Gerüchte zustande? Die Beantwortung dieser Frage gehört in das Gebiet der Psychologie der Ausfälle, das ganz gut erforscht ist. Den Teil, der als Psychologie des Gerüchtes zu bezeichnen ist, behandelt jetzt Dr. Herzog von der Landesirrenanstalt am Steinhof, Wien, in einem feischen Aufsatz der Zeitschrift „Natur und Kultur“, die in München im gleichnamigen Verlage erscheint.

William Stern und eine Reihe anderer Psychologen haben Versuche angestellt, die das Entstehen und die Verbreitung eines Gerüchtes aufzudecken geeignet sind; freilich gelten für ein „künstliches Gerücht“ etwas andere Bedingungen als für das im Volk verbreitete. Die Versuche erfolgen in der Art, daß einer ersten Versuchsperson ein Gerücht über irgend ein Ereignis mitgeteilt wird; diese gibt es einer zweiten in der gleichen Weise weiter, und so kann man eine längere Kette bilden. Der Wiener Psychologe v. Rorsch hat einen solchen Kettenversuch an jungen Mädchen von 16 bis 18 und jungen Männern von 15 bis 17 Jahren ausgeführt.

Als Versuchsstoff diente dabei ein Unglücksfall in den Bergen, der wirklich vorgekommen und für den Versuch in geeigneter Weise als Bericht niedergelegt war. Das Weitergeben des Berichtes wurde solange fortgesetzt, bis er keine wesentliche Änderung mehr erlitt. Ursprünglich enthielt er 11 Sätze 88 mehr oder minder hegeichnende Tatsachen. Hiervon gab die dritte Versuchsperson nur noch 11 in fünf Sätzen wieder, die 11. nur noch sieben in drei Sätzen! So war es bei den männlichen Versuchspersonen, während die weiblichen dieses Ergebnis noch unterboten; die dritte Versuchsperson gab nur noch acht Einzelheiten in drei Sätzen wieder, bei der

Ein Pendant.

Kreuzzeitung und „Unabhängiger Zeitungsdienst“ zur Präsidentenwahl.

Gegen die Wahl eines Sozialdemokraten zum stellvertretenden Reichspräsidenten haben nach eigenem Geständnis — der Wahlakt als solcher ist geheim — gestimmt die Konservativen und die Unabhängigen. Es ist nicht das erste Mal, daß wir diese beiden Extreme in holdher Uebereinstimmung finden, aber es ist einigermassen erheitend, die Ausführungen zu vergleichen, mit denen beide Teile ihren Schritt begründen.

Die konservative „Kreuzzeitung“ schreibt:

„Für die konservative Auffassung ist der Gegensatz zur Sozialdemokratie wegen ihrer Stellung zur Monarchie, zur bürgerlichen Gesellschaft als solcher, und zu der politischen Frage, die im Augenblick für die Zukunft die wichtigste ist, nämlich zur Gestaltung der Friedensziele, ein so großer und grundlegender, daß ihr ein besonderes Entgegenkommen gegen diesen politischen Gegner unmöglich bleibt, und die Konservativen können, wie an dieser Stelle häufig ausgeführt wurde, auch eine Politik nicht mitmachen, die davon ausgeht, daß es nötig sei, durch Entgegenkommen gegen sozialdemokratische Forderungen die Sozialdemokratie und durch sie die Arbeitermassen bei der Stange zu halten. In der Richtung dieser von uns stets abgelehnten Politik würde aber unseres Erachtens eine Beteiligung an den Verhandlungen gelegen haben, die aus rein politischen Gründen Herrn Scheidemann auf den Präsidentenstuhl gebracht haben. Dazu kommt, daß gerade dieser, dessen Wahl von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagen und vertagt wurde. Mit seinen gegen den Siegswillen gerichteten Äußerungen und mit seinen Anknüpfungen, die Dröhungen verzweifelt ähnlich haben, ist er in der Frage der Friedensziele, in der zeitig die Entscheidung über die Zukunft Deutschlands liegt, einer der hervorzuhebendsten Träger einer Politik, die vom konservativen Standpunkte aus aufs schärfste bekämpft werden muß, ganz abgesehen selbst von früheren Erinnerungen aus der Zeit vor dem Kriege.“

Dagegen setzt auf der anderen Seite der unabhängige Zeitungsdienst:

„Von den Regierungssozialisten war Herr Scheidemann zu einem der Vizepräsidenten vorgeschlagen worden. Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten hat sich in ihrer Sitzung vom Freitag hiermit beschäftigt und erklärt, daß sie zwar den Anspruch jeder der Parteien anerkennend anerkennt, im Besonderen aber zu sein, daß sie sich aber das Recht wahrt, Personen abzulehnen, die ihr aus persönlichen oder politischen Gründen (oder aus beiden) des Vertrauens unwürdig gelten, das eine solche Wahl ausdrücken soll. Diesen Fall hat die Fraktion bei Herrn Scheidemann als vorliegend gefunden. Als Persönlichkeit ist Herr Scheidemann für die Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands erledigt, nachdem diese ihn öffentlich unehrenhafter Handlungen im Sinne des Parteistatuts und des Treubruchs beschuldigen mußte, diese Beschuldigungen aufrechterhält und jedem Unbefangenen gegenüber zu bezweifeln imstande ist. Einem solchen Mann, der Hunderttausende von Sozialdemokraten in dem früher in ihm als Mensch gesetzten Vertrauen aufs schärfste gekränkt hat, — seine Treulosigkeit und struppellose Geschäftstätigkeit (in Firma Scheidemann, Ebert, Braun u. Co.) durch eine eklatante Vertrauenslücke zu erwidern — das blicke Uebermensches von unserer Partei verlangen.“

Für den Zentrumsmann Fehrenbach haben die Unabhängigen als ganz selbstverständlich gestimmt, dem Sozialdemokraten Scheidemann ihre Stimme zu geben, das erschien ihnen ein „übermenschliches Anstehen“. Ein Selbstzeugnis, wie der „Klassenkampf“ der Unabhängigen sich lediglich darauf konzentriert, den Kampf innerhalb der Arbeiterschaft immer verschärfender und erbitternder zu gestalten. — Aber freilich, das unabhängige „Berliner Mitteilungsblatt“ hofft ja, sich in kurzer Zeit mit der „Kreuzzeitung“ über die Kriegsziele zu verständigen. Da ist es ja nur logisch, wenn die Unabhängigen gegen den Mann stimmen, den die „Kreuzzeitung“ für den hervorzuhebendsten Gegner der konservativen Politik erklärt.

11. war der Bericht über den Unglücksfall auf drei Einzelheiten in einem Satze zusammengeschmolzen! Die jungen Männer mochten aus dem Abstrich in eine Gleichspalte einen Abstrich schlechthin, aus dem Genickbruch eine farblose Led, aus den als Notzeichen geschminkten Ledermanteln Mantel schlechthin. Bei den Mädchen wurde aus dem Ortler, der ursprünglich als Ort des Unfalls angeführt war, inwendig ein Berg, der Schneesturm verblühte zu einem Unwetter, aus den Bergführern wurden Männer, das Schwenken der Ledermantel wurde zu einem Winken mit Lächern und schließlich mit Nohnen.

Es wurden aber nicht nur Bestandteile ausgelassen, sondern einige wurden verändert und neue, die im Urtexte nicht vorkamen und als Erfindungen zu betrachten sind, wurden eingeschoben; eine der Versuchspersonen schaltete willkürlich eine Döhle in die Erzählung ein, eine andere fügte eine bestimmte Jahreszahl hinzu, obwohl die Vorlage nur Monat und Tag enthielt; bei den Zahlenangaben war die Willkürlichkeit überhaupt groß; bald wurde von zwei, dann wieder von sechs Touristen gesprochen (in der Urfassung waren es drei); auch die Anzahl der Kinder des Abgestürzten wurde abweichend angegeben. Dieses „Versuchsgewürd“ enthält die beiden bezeichnenden Merkmale des achten Berichtes, das sich frei verbreitet: es findet sich ein fortschreitendes Verblässen und Abbröckeln der ursprünglichen Erzählung, und neue Einzelheiten werden hinzugefügt.

In welchem Maße Abweichungen und Veränderungen beim Weitererzählen einer Tatsache vorgenommen werden, das hängt davon ab, wie leicht demgemäß im Gemüte die in Betracht kommende Menge ist. Frauen und Kinder zeichnen sich durch erhöhte Suganibilität und durch stärkere Phantasietätigkeit aus; sie neigen mehr dazu, Nachrichten ohne Prüfung von anderen zu übernehmen und Veränderungen vorzunehmen.

Notizen.

— Deutsches Opernhaus. Morgen, Dienstag, singt Sophie Palm-Cordes die „Katzen“ als Gast.

— Die pflanzliche Rechnung. Der Schweizer Schriftsteller Th. Wermuth erzählt in seinen eben erschienenen „Reisewörterbuch“ (Emil Fischer-Verlag, Basel) eine Anekdote, die er im Briefwechsel mit dem Berner Mediziner J. W. Widmann erzählt hat. Wermuth hatte seine biographischen Erzählungen an Hans Merian, den Mediziner der ehemaligen „Gesellschaft“ in Leipzig, geschickt, der sie ihm mit einem sanftem Kompliment zurückschickte. „Du“, sagt ihm ein Recensent, „das ist eigentlich ganz gütig für dich. Merian hat nämlich einen heftigen Gegner an J. W. Widmann in Bern. Du schickst die Gedächtnis an Widmann und teilst ihm Merians Urteil mit. Dann findet er sie aus Trost gegen Merian schön.“ Wermuth, actant! Und die Antwort? Widmanns Antwort? „Ich könnte sonst setzen oder nie mit Hans Merian überein. Aber diesmal hat er recht.“

Die Verschwörung der Wahlrechtsfeinde.

Das Dunkel, das die Wahlrechtsfeinde über ihr heimliches Treiben in den letzten Tagen gebreitet haben, hellt sich auf. In der Meldung, daß bereits ein festes Abkommen zwischen den beiden konservativen Fraktionen und dem rechten Flügel der Nationalliberalen vorliege, zu dem sich die Verschwörer am Dienstag offen bekennen würden, schreibt die freikonservative „Post“, diese Mitteilungen seien nicht unrichtig, griffen aber den Dingen etwas vor:

Nach unserer Kenntnis besteht zwar der Entwurf eines Abkommens, der im Grunde bereits die Zustimmung der betreffenden Gruppen gefunden hat; erst am Montag aber werden die geplanten Sitzungen der Fraktionen die Sachlage endgültig klären. Denn das „Berliner Tageblatt“ aus dem Inhalt des Abkommens bereits einige Einzelheiten zum Besten geben zu können glaubt, so haben wir keine Veranlassung, ihm auf diesem Wege zu folgen, solange die beteiligten parlamentarischen Gruppen selbst nicht an die Öffentlichkeit zu treten geneigt sind und solange das Abkommen noch nicht endgültig geschlossen ist. Übrigens dürfte das „Tageblatt“ mit seiner Behauptung, es seien zwei Beschlüsse vorgesehen, und zwar einer für Alter und eine für Familienstand, nur aus einer sehr oberflächlich orientierten Quelle geschöpft haben, wenn schon an deren Aussage einiges richtig ist.

Richtig dürfte sein, daß neben der Alterszusammensetzung eine weitere Voraussetzung für Wastig oder wirtschaftliche Selbständigkeit in Anlehnung an den Kompromißvertrag Lohmann geplant ist. Diese Grundlage hat die Regierung bereits als unannehmbar bezeichnet. Nachdem sie aber ihre Waffe der Parlamentsauflösung bereits aus der Hand gegeben hat, haben die Reaktionskräfte natürlich den letzten Funken Respekt vor der Regierung verloren und glauben, ihr getrost auch noch diesen Ort antun zu können. Wer selber, wie die Herren Friedberg und Drews, Arme und Peine in den Block steckt, darf sich nicht wundern, wenn er wieder gehänselt wird.

Gott wollte die Ablehnung des Wahlrechts.

Der Reichs-Gottes-Vote sagt es.

Dem gleichen Wahlrecht ist zu seinen irdischen Gegnern auch noch ein himmlischer erstanden: Der liebe Gott in Person. So verhält es sich wenigstens nach dem Zeugnis, das Pastor Böhmerle in Nr. 29 des „Reichs-Gottes-Voten“ ablegt. Und liegen zwar seine Worte nicht im Original vor, aber sie werden und durch den Mund eines anderen frommen Blattes, des „Evangelisch-lutherischen Wochenblattes“ übermitteln, dessen Verleger nebenbei der schwebel liberal-aldeutsche Landtagsabgeordnete Vadmeister ist. Dieses fromme Organ titelt mit Begeisterung und Inbrunst Böhmerles erleuchtete Worte. Also sprach Pastor Böhmerle, der Reichsgottesbote:

Das war eine große Sache, als im preussischen Landtage sich 82 Männer Mehrheit fanden aus den verschiedensten Parteien, welche das allgemeine gleiche Wahlrecht ablehnten. Wir können das nicht anders denn als eine Bewahrung Gottes ansehen. Wir haben in dieser Sache gar keine Parteiinteressen oder auch nur politische Gesichtspunkte, sondern nur solche des Glaubens. Wir glauben, daß es gegen jede göttliche Ordnung geht, alle Menschen allgemein gleich zu werten, und daß eine solche Willkürlichkeit nicht bringen muß; wir glauben weiter, daß es ein schreiendes Unrecht ist, jetzt im schwersten Weltkriegsringen so etwas Entscheidendes zu erzwingen; wir wissen endlich ganz gewiß, daß dies Wahlrecht den antichristlichen Weisern die Herrschaft in die Hände gibt, und daher möchten wir gerne unser Volk so lange wie möglich bewahrt wissen aus reinster und tiefster Liebe zu ihm. Werden die christlichen Grundgesetze gespart, geht unser Volk Schritt für Schritt dem Verichte zu. Es ist uns klar, daß die vielen Gegnern des Wahlrechts nicht dieser Heftigkeit Gesichtspunkt maßgebend ist; und ebenso wissen wir, daß nicht alle Befürworter des Wahlrechts dem Antichristentum die Tore öffnen wollen — aber der Weg ist und ist. Nun wird gekämpft und gerungen — wir's zu Ende läuft, ist noch nicht abzusehen. Leider ist bei vielen, die maßgebend sind, große Verblendung — das ist das Schmerzlichste. Wir wissen ja, wenn's diesmal nicht kommt, so kommt's ein andermal; kommen tut's — die Geister ruhen nicht. Aber jeder Aufenthalt ist Gewinn für unser Volk.

Pastor Böhmerle scheint und trotz aller Erleuchtung doch nicht ganz genug im Glauben zu sein. Denn wenn er schon das gleiche Wahlrecht für Salanas Wert und seine Ablehnung für Gottes Willen hält, so müßte er doch auch dem lieben Gott so viel Macht zutrauen, den Sieg der „Widergöttlichkeit“ zu verhindern. Da hoch aber ein Pastor an Gottes Allmacht nicht zweifeln darf, so muß es wohl mit Gottes Willen in dieser Sache einen Hasen haben. „Denn“, sagt Pastor Böhmerle, „kommen tut's!“

War das auch Gottes Wille?

Ein Hamsterlager aus der Taufe gehoben.

Als berichtet die „Süddeutsche Zeitung“, das amtliche Organ für den Kreis Emden:

In der Kirche der hiesigen Baptistenkirche steht ein großes Taufbassin. Die Polizei hatte Nachricht bekommen, daß in diesem Taufbassin ein schönes Hamsterlager verborgen sei und glaubte natürlich zunächst an einen bösen Scherz, da es doch für unmöglich gehalten werden mußte, daß in einer Kirche ein Hamsterlager sich befinden sollte und dazu noch an einer Stelle, wo die sündhaftesten Menschen zur Taufe kommen, wo die segnende Hand aufs Haupt gelegt, wo ernste Lehren und Ermahnungen erteilt werden. Um den etwaigen falschen Angaben sofort entgegenzutreten zu können, hielt die Polizei doch unermüdet eine Revision ab und fand weder Erwarten sein Verdacht — ein großes Hamsterlager im Taufbassin vor, als da waren: 6 Bentner Haser, 1 Bentner Kanaan und circa 1 Bentner ff. Bohnen. Die verdächtigsten Beamten beschlagnahmten die Waren, die natürlich gleich fortgeschickt wurden. Das amtliche Organ spricht sein tiefstes Bedauern aus, daß eine heilige Stätte, von der Gottes Wort verkündet werden soll, zu solch einer entwürdigenden Sache benutzt wurde. „Indessen — heißt es weiter — wissen wir, daß im Kampfe um tägliche Brot auch ernste Christen krauchen können, trotz ernster und feierlicher Worte der Seelsorger.“

Wer aber war der ernste Christ, der hier gestrauchelt ist? Die „Süddeutsche Zeitung“ verschweigt es schamhaft.

Die Fortschrittliche Volkspartei zur Wahlrechtsfrage.

Der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei trat am Sonnabend in Berlin zu einer zweitägigen Verhandlung zusammen. Ueber den Wahlrechtskampf in Preußen referierte Abg. Dr. Wachnick. Er gelangte nach dem „B. Z.“ zu dem Resultat, daß auch das neue, von den Mehrheitsparteien jetzt ausgearbeitete Kompromiß zu einer Verständigung mit der Regierung und der Linken, ohne welche die Minister Friedberg und Drews das ganze Gezeck wohl nicht machen wollen, unmöglich führen könne. Was sich im Rahmen des gleichen Wahlrechts hält, nimmt die Mehrheit nicht an,

was diesen Rahmen überschreitet, nimmt die Regierung nicht an. Es bleibe also nur Auflösung und Wahlkampf übrig. Wenn die Wahlrechtsfeinde hierbei eine einheitliche Front bilden, werde zweifellos eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht erreicht werden. Nach Aussprache wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei erachtet die königliche Politik vom 11. Juli 1917 nur dann als durchgeführt, wenn das gleiche Wahlrecht bedingungslos und ohne Kürzung der Rechte des Abgeordnetenhauses zur Annahme gelangt.“

Vorher hat der Abgeordnetehaus bei einem Widerstande, so ist es ohne weitere Verzögerung aufzulösen.

An die Parteifreunde richtet der Zentralausschuß die dringende Aufforderung, schon jetzt umfassende Vorbereitungen für den Wahlkampf zu treffen und im Einverständnis mit der Parteileitung rechtzeitig eine Verständigung mit anderen Parteien zu treffen.“

An Stelle des verstorbenen Präsidenten Dr. Kaempf, der dem Geschäftsführenden Ausschuss als Schatzmeister angehört hat, wurde der Vorsitzende des Verbandes der Bismarck-Bundesdeutschen Gewerksvereine, Stadtverordneter Hartmann, zum Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses gewählt. Abg. Kankow wurde zum Schatzmeister berufen.

Letzte Nachrichten.

Hungernot in Turkestan.

Kiew, 8. Juni. Aus einem in Melitopol aufgefangenen bolschewistischen Funkpruch aus Taschkent nach Moskau geht hervor, daß die Stellung der Sowjetregierung in Turkestan stark erschüttert infolge Hungernot, Choleraepidemie und Achenlosigkeit der Bevölkerung. Der Taschkenter Sowjet fordert sofortige Verladung von Getreide und zehn Millionen Rubel für die Ausgaben des Sowjet. Die Bitte kann nicht erfüllt werden, da Turkestan augenblicklich von Großrußland durch die Truppen Dutows und der Tscheco-Slowaken abgeschnitten ist.

Die französische Arbeiterklasse und die Kriegsziele.

Genf, 8. Juni. (Z. U.) Wie die Pariser Blätter melden, traten die Sozialisten der Deputiertenkammer mit Vertretern der Gewerkschaften und zahlreichen radikalen Abgeordneten zu einer Versammlung zusammen, in der die Urzüge der Bevölkerung über die Kriegsziele der Regierung besprochen wurde. Man trennte sich wieder, ohne sich über eine Tagesordnung geeinigt zu haben. Die rechtsstehende Presse versucht die radikal-sozialistische Bewegung und die erwähnte Zusammenkunft als deutsche Umtriebe hinzustellen.

Groß-Berlin

Neue Vorschriften über das Strafregister.

Das Strafregister wird bekanntlich von der Staatsanwaltschaft des Landgerichts geführt, in dessen Sprengel der Verstrafe geboren ist. Die neuen Vorschriften über die Führung von Strafen haben auch eine Änderung der Bestimmungen über die Strafregister und die wechselseitige Mitteilung der Strafurteile notwendig gemacht. Nach einem Beschlusse des Bundesrats treten sie am 1. August in Wirksamkeit. Wenn Vermerke im Strafregister gelöscht sind, so darf nur den Gerichten, der Staatsanwaltschaft und auf ausdrückliches Ersuchen den höheren Verwaltungsbehörden Auskunft erteilt werden. Im übrigen sind gelöschte Vermerke als nicht eingetragen zu behandeln. Sind nur Gefängnis und Festungshaft bis zu einem Jahre, Arrest, Haft, Geldstrafe oder Verweis vermerkt und seit der letzten Beurteilung zehn Jahre vergangen, so darf über den Inhalt des Registers nur den Gerichten, den Behörden der Staatsanwaltschaft sowie auf ausdrückliches Ersuchen den höheren Verwaltungsbehörden Auskunft erteilt werden. Vermerke über Verurteilungen im Ausland sind denen des Inlands gleichzusetzen. In das Register aufgenommen werden jetzt auch die Entscheidungen der Konsulargerichte, der Militärgerichte und der Strafverfolgungsbehörden, durch die ein Strafverfahren durch Einstellung, Nichteröffnung des Hauptverfahrens oder Freisprechung beendet wird. Dasselbe gilt bei Einstellung des Verfahrens oder Entmündigung wegen Geisteskrankheit.

Verkehr nach Rußland. Nach Rußland werden fortan gewöhnliche und eingeschriebene offene Briefe und Postkarten des allgemeinen Verkehrs und Gefangenenbriefsendungen befördert. Die Sendungen des allgemeinen Verkehrs sind nach den Gebührensätzen des Weltpostvereins freizumachen. Folgende Sprachen sind zugelassen: deutsch, russisch, leinrussisch, polnisch, finnisch, dänisch, englisch, französisch, holländisch, italienisch, norwegisch, schwedisch, spanisch und ungarisch.

Jubiläum der Berliner Sparkasse. Am 15. Juni sind 50 Jahre seit der Errichtung der Berliner Sparkasse verstrichen. Es findet an diesem Tage abends 6 Uhr eine Feier im Bürgeraal des Rathauses statt. Nach einer Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Wermuth wird der Sparassendirektor einen Lichtbild-

Hast Du den Wunsch,

die Arbeiterschaft von ihren politischen Fesseln zu befreien?

Dieser Wunsch wird Wirklichkeit,

wenn Du Dich mit Deinen Klassengenossen vereinigt in der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Deshalb zögere nicht! Fülle den folgenden Schein aus und sende ihn an Theodor Fischer, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Sozialdemokratischen Verein meines Wahlkreises.

Name: _____

Geburtsort und Datum: _____

Beruf: _____

Genaue Adresse: _____

Vortrag über „Hundert Jahre. Deutsche Sparkasse“ halten. Jeder Mann ist hierzu eingeladen.

Ein verhängnisvoller Revolververstoß. Der Kaufmann Klase, Steglitz, Schloßstr. 119, wohnhaft, hantierte am Freitagmittag gegen 1 Uhr mit einem geladenen Revolver. Neben ihm stand seine 25jährige Tochter, die interessiert die Waffe betrachtete. Plötzlich krachte ein Schuß und die Kugel drang dem jungen Mädchen von der rechten Körperseite aus in den Rücken. Ein sofort hinzugerufener Arzt erklärte jedoch, daß die Verletzung nur leicht sei und empfahl Umschlüge. Da sich jedoch der Zustand der Verletzten zusehends verschlechterte, wurde sie auf Anraten eines zweiten Arztes nach am demselben Abend nach dem Krankenhaus Ebenzer überführt. Ein dort unmittelbar nach der Einlieferung vorgenommener operativer Eingriff konnte das junge Mädchen, das verlobt war, nicht mehr retten. Sie erlag am nächsten Morgen ihrer Verletzung. Die polizeiliche Untersuchung des Vorfalls ist eingeleitet.

Ein zweiter ähnlicher Unfall ereignete sich fast um dieselbe Zeit in einem Waffengeschäft in Friedenau in der Rheinstraße. Das 24jährige Dienstmädchen Anni Grundner war von ihrem Dienstherrn, dem Kaufmann Schröder in der Wiesbadener Straße beauftragt worden, einen demselben gehörigen Browning in dem oben erwähnten Waffengeschäft zu verkaufen. Die Inhaberin des Waffengeschäfts jedoch zeigte sich nach einer Besichtigung der Waffe nicht zum Kauf bereit und gab dieselbe dem Grundner zurück. In demselben Augenblick entfiel sich der Revolver und die Kugel drang dem Mädchen durch die linke Hand und den Leib unmittelbar durch den Magen. Die Verletzte wurde nach dem Stubenrauch-Krankenhaus gebracht, doch ist es fraglich, ob es gelingen wird, sie am Leben zu erhalten.

Ein Räubersüberfall wurde in der Nacht zum Sonntag der Direktor des Passage-Theaters und Panoptikums Mohamed Solimann aus der Auguststraße 5. Als er auf dem Heimwege die Weidenammer Brücke überschritten hatte, rumpelten ihn vor dem Hause Friedrichstraße 108 fünf Männer an, fielen über ihn her und raubten ihm die goldene Taschenuhr mit Brillanten im Werte von 2000 M. und die Brieftasche, die 1800 M. Papiergeld enthielt. Dann ergriffen sie die Flucht. Auf die Hilferufe des Verübten nahmen mehrere Leute und ein Schuttmann die Verfolgung auf, und es gelang, wenigstens einen der Räuber festzunehmen. Die anderen entkamen. Der Verhaftete ist ein Moller Paul Albrecht aus der Sieningstraße.

Radrennen in Treptow. Das Programm des gestrigen Tages umfaßte ein Dauerrennen über 50 Kilometer, dem zwei Vorläufe über je 30 Kilometer vorausgingen und drei kleinere Pfliegerrennen. Nachdem in den Vorläufen zum Dauerrennen Wiewerall und Reitelbed ausgeschieden waren, gingen im Entscheidungskampf Pflieger, Tschmer, Pawke und Kubel auf die 50-Kilometer-Reise. Der beste Fahrer im Rennen, Pawke, ging als leichter Sieger durchs Ziel und seine Konkurrenten belegten die nächsten Plätze ebenfalls in der Reihenfolge ihrer Platzierung. Von den Pfliegerrennen beanpruchte nur ein langes Prämienfahren, das von Wegener leicht vor Hänsler gewonnen wurde, einiges Interesse. — Resultate: 50-Kilometer-Rennen. 1. Vorlauf über 30 Kilometer: 1. Pflieger 26 Min. 54 Sek., 2. Tschmer 26 Min. 30 Sek., 3. Wiewerall 30 Min. 40 Sek. 2. Vorlauf über 30 Kilometer: 1. Pawke 27 Min. 6 Sek., 2. Kubel 1220, 3. Reitelbed (Motorrad) 1340 Meter zurück. Entscheidungskampf über 50 Kilometer: 1. Pawke 44 Min. 27 Sek., 2. Pflieger (Motorrad) 1640, 3. Tschmer 3190 Meter zurück; 2. Vorlauf über 30 Kilometer: 1. Schütz 1 Min. 57 Sek. (80), 2. Petri (65), 3. Schwab (75), 4. Linsener (65), 5. Schlette (85 Meter Vorgabe). — Erstfahren, 800 Meter: 1. Schwab 1 Min. 19 Sek., 2. Klotz, 3. Reber, 4. Proszowski. — Prämienfahren, 10 Kilometer: 1. Wegener 14 Min. 8 Sek., 2. Hänsler, 3. Kelpfaff, 4. Dahnke, 5. Müller.

Charlottenburg. Städtische Sparkasse. Die Einzahlungen bei der städtischen Sparkasse in Charlottenburg haben im Mai wiederum eine außerordentliche Steigerung erfahren. Sie betragen 5 850 000 M., während die Rückzahlungen sich auf nur 2 680 000 M. beliefen. Es sind also 3 170 000 M. mehr eingezahlt worden. An

Wochen 2, 1917, sind im Mai 896 Stück gegenüber 2370 Stück im Mai 1917 ausgestellt worden.

Weißensee. Lebensmittel. Der Verkauf von Salzheringen wird in der Woche vom 10. bis 15. Juni in der Verkaufsstelle Viktoriusstraße 24 fortgesetzt. Als Ausweis sind die neuen Lebensmittelkarten vorzulegen. Auf jede der aufgerufenen Sorten wird 1/2 Pfund Salzheringe verabfolgt zum Preise von 70 Pf. In der Verkaufsstelle Caseler Straße 2 werden Eier abgegeben. Auf Abschnitt 25 der aufgerufenen Eierarten werden 3 Eier verabfolgt zum Preise von je 35 Pf. Euten, Tischen oder dergleichen sind mitzubringen.

Spandau. Die Einführung des Nachbarortverkehrs abgelehnt. Wegen Einbringung des Postorts Spandau in den Nachbarortverkehr von Berlin war der Magistrat vor einiger Zeit abermals beim Reichspostamt vorstellig geworden. Der nunmehr eingegangene Bescheid lautet leider wiederum ablehnend. Koch immer stellt sich das Reichspostamt nach Gutachten der Oberpostdirektion Berlin auf den Standpunkt, daß die bauliche Zusammengehörigkeit zwischen Spandau und Berlin noch nicht lückenlos vorhanden ist, sondern noch immer größere Lücken an der Kommandamm-Allee bestehen, die die Einführung des Nachbarortverkehrs nach den dafür geltenden Bestimmungen nicht auflassen. Auch die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Spandau und Berlin, die Fälle unzureichender Freimachung von Vieken im Verkehr zwischen den beiden Postorten und die Unmöglichkeit von Spandau zum Verwaltungsbezirk der Oberpostdirektion Berlin rechtsergibt nach dem Bescheid des Reichspostamts nicht die Einführung des Nachbarortverkehrs.

Wahlort a. d. Ostbahn. Die Gemeindevertretung nahm in ihrer letzten Sitzung die Rechnungslegung für das Geschäftsjahr 1914/15 entgegen. Die ordentliche Verwaltung hatte eine Einnahme von 150 253,67 M. und eine Ausgabe von 212 654,56 M., so daß eine Unterbilanz von 62 400,89 M. entstanden ist. Der Fehlbetrag ergab sich durch erheblich gesteigerte Ausgaben und verringerte Einnahmen. Die außerordentliche Verwaltung hatte eine Einnahme von 432 078,07 M. und eine Ausgabe von 390 352,16 M., mithin einen Bestand von 41 725,91 Mark. In dem hier verbliebenen Bestand sind enthalten die bis zum Schluß des Rechnungsjahres nicht verbrauchten Beträge zur Errichtung einer Begräbnisanlage mit 31 000 M. und zur Bestreitung der Kosten zur Abhilfe der Kriegsnut mit 30 000 M. Durch die Mehrausgaben an Arbeitslosenunterstützung (747,40 M.), Mietunterstützung (30 177,45 M.) sowie an Kosten der Kriegswirtschaftsabteilung verminderte sich der Bestand bis zu der angegebenen Summe. Es wurde berichtet, daß sich die Finanzverhältnisse der ordentlichen Verwaltung im Jahre 1916 schon wesentlich gebessert hätten, und daß das Jahr 1917 wohl ohne Unterbilanz abschließen werde.

Zur Vermeidung größerer Anleihen sei auf Beschluß der Gemeindevertretung auf die einzelnen bestehenden Fonds zurückgegriffen worden, deren Wiederauffüllung bereits in Angriff genommen sei. Der Finanzausschuß beantragt für die ordentliche Verwaltung Entlastung zu erteilen, für die außerordentliche Verwaltung die Entlastung aber auszusparen, bis die Rechnungsbüchlein für 1916 und 1917 vorliegen. In der Kriegswirtschaftsabteilung, die der außerordentlichen Verwaltung untersteht, sei 1915 und 1916 keine Inventur erfolgt, so daß ein klarer Überblick fehle. Zum 1. April d. J. sei eine Bestandsaufnahme erfolgt, die aber nicht lückenlos sei. Es soll deshalb am 30. Juni eine genaue Aufnahme erfolgen. Die Vereinnahmung der zu erstattenden Unterhaltungsbeiträge erscheine nicht genügend gesichert. Es empfehle sich, die Führung einer Kontrollliste bei der Kasse, aus der die zu erstattenden Beträge und ihre wirkliche Vereinnahmung ersehen werden könne. Die Vertretung schließt sich den Vorschlägen des Finanzausschusses an. Zur Vertiefung des letzteren werden die Herren Schilling und Piewe und in den Postbandsauschuß Herr Legge gewählt.

Ferner beschäftigte sich die Vertretung mit der Erhöhung der Fahrpreise auf der Köpenicker Straßenbahn. Der

Preis für den Einzelfahrschein soll von 10 auf 15 Pf. erhöht werden. Es sollen aber 6 Fahrscheine zu 80 Pf. abgegeben werden; diese sollen übertragbar sein und 6 Monate Gültigkeit haben. Kinder sollen von 8 Jahren ab den vollen Betrag zahlen. Die Monatskarten sollen einen Einheitspreis von 6 M. erhalten. Die Schülerkarten sollen von 2 auf 3 M. erhöht werden und für Schüler bis 18 Jahre gelten. Die Wochenkarten, welche bisher 60, 70 und 90 Pf. kosteten, werden einheitlich auf 1 M., beim Umsteigen auf 1,25 M. erhöht. Die Genossen Schumann und Schmidt bemängelten vor allen Dingen die Erhöhung für Fahrscheine und Wochenkarten. Man solle bei den Fahrscheinen über 2 zu 25 Pf. nicht hinausgehen und die Wochenkarten ebenfalls weniger erhöhen. Dem schloß sich Herr Piewe an, während Herr Schließe die bisherigen Preise für Wochenkarten außerordentlich niedrig fand. Die Verwaltung erklärte, die vorgebrachten Wünsche bei den Verhandlungen mit Köpenick vertreten zu wollen. Zum Schluß wurden noch zwei Bauangelegenheiten im Sinne der Interessenten erledigt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Treptow-Baumfäulenweg (Sozialdemokratische Partei Deutschlands). Mittwoch, den 12. Juni, Abends 8 1/2 Uhr: 2 Mitgliederversammlungen; für Treptow bei Ebert, Grachtstraße 1, und für Baumfäulenweg bei Wihl, Erbe, Baumfäulenstraße 14. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Entwurf des neuen Aktionsprogramms, 2. Wahl von Delegierten für die Kreisgeneralversammlung und Verabschiedung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig! Beitragssparstiftung findet in den Versammlungen statt. „Vorwärts“ liefert haben Zutritt. Die Bezirksleitung.

Aus aller Welt.

Sankt Bureaucratismus und der Gehrock. Jemandwo in einer süddeutschen Residenz, so erzählt die „Frankf. Zig.“, hatte kürzlich der Magistrat zur freiwilligen Kleiderablieferung aufgefordert. Ein patriotischer Beamter einer hohen Behörde ging an seinen nicht eben vollen Kleiderschrank und stellte da fest, daß dort u. a. ein schöner alter Gehrock hänge. Da die Mode dieses ehrwürdige Stück fastgesteift hatte, so entschloß sich unser Mann zur freiwilligen Ablieferung bei der Sammelstelle. Da kam ihm in Erinnerung, daß sich in dem Amte, in dem er beschäftigt ist, jeder Urlauber vor seiner Abreise in Gehrock und weicher Binde bei seinem Chef melden müsse. Vorsichtig, wie unser Mann war, ging er also zunächst zu diesem Vorgesetzten und fragte, ob er künftig den Abchiedsappell auch in einem Straßenzug machen dürfe. Diese Frage wurde mit aller Entschiedenheit verneint, da ansonsten die Disziplin in jenem Ministerium aufs ärgste gefährdet werde.

So geschah gegen Ende des vierten Kriegsjahres in einem hohen Amte, das sich ausschließlich mit Kriegsangelegenheiten zu befassen hat.

Brand eines Arsenal. Wie dem „Matin“ aus New York gemeldet wird, brach im Arsenal von St. Louis am 2. Juni ein Brand aus, durch den hauptsächlich Militärversorgungsgegenstände zerstört wurden. Der Schaden soll über sechs Millionen Dollar betragen.

400 Tote bei der Explosion in Jassy. Am 1. Juni, 9. Juni, Aus Jassy wird vom 1. Juni gemeldet: Kürzlich wurden bei einer Explosion von Munitionsvorräten in Jassy 400 Personen getötet.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittag. Zunächst trocken und vielfach heiter, in den Tagesstunden ziemlich warm, später im Westen Zunahme der Bewölkung und stichweise Gewitter.

Verantwortlich für Politik: Erich Reuter, Berlin; für den östlichen Teil des Reiches: Alfred Scholz, Neudamm; für Wesseln: Theodor Glöck, Berlin; Verlag: Bornstedt-Verlag G. m. b. H., Berlin, Trud. Bornstedt-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.

Wanzen und Motten mit Brut

werden radikal vernichtet durch Wanzenot Pfeifferol in Flaschen zu 4,50 M., 3,— M., 1,75 M. und 1,— M. und Mottentot Pfeifferol (50 Pf.) überall zu haben. Herr Paul Rabes, Drogerie, Turmstraße 48, schreibt: „Ihr Wanzenot Pfeifferol ist vorzüglich, ein Kunde empfiehlt Ihr Präparat immer dem anderen“.

Kopf- und Haarwasser Pfeifferol gegen Ungeziefer für Kinder, Flasche 2,50 M., 1,50 M. u. 75 Pf. Parafin-Pariment Pfeifferol gegen Ungeziefer, Flasche 2,50 M. und 1,50 M. Trierol-Puder Pfeifferol gegen Flöhe, Dose 1,25 M. und 1,— M. Kinderpuder Pfeifferol, bestes Einstrichmittel für Kinder. Toilette-Haarwasser Pfeifferol gegen Kopfschuppen und Schuppen, ein ideales Haarpflegemittel, Flasche 2,50 M.

Apotheker Otto Pfeiffer & Pöhlert, N 65, Schulstraße 17.
Viercanten der Deutschen Armees in Jassypflege, Ungeziefer- und Frostmittel

Arbeiter-Samaritaner-Bund
Kolonna Groß-Berlin.
Allen Samaritanernoffen die traurige Mitteilung, daß unser Genosse **Hermann Hoffmann** beim Baden verunglückt ist. Die Beerdigung findet Montag, den 10. Juni, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Treptow, Nießholzstraße, statt. Um rege Beteiligung erachtet **Der Vorstand.**

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragani
Sajdah
Deutsche Tänze
7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.
Lombard-Haus
H. Graff, Leipzigerstr. 75 II
Volle normale Beleuchtung
Diskretion, Reellität, Gelegenheits-, Uhren, Brillanten, Schmucksachen
10—50% unt. Ladenpr.

Was ist Troedahl?
Troedahl ist die neue von den Berliner Städt. Gaswerken geprüfte, gesetzlich geschützte **Gasparrorrichtung für Stehlicht!**
Troedahl spart 30—40% bei tadellosem Licht!
Troedahl ist spielend leicht, ohne den Brenner zu ändern, anzubringen.
Troedahl reduziert die monatl. Gasrechnung ganz erheblich!
Gasstrafen ausgeschlossen!!
Preis 3 Stück M. 1,50 gegen Voreinendung des Betrages per Nachnahme. Porto extra.
Wiederverkäufer hohen Rabatt. Diese Vorrichtung liefert sich auch mit dazu passenden Strümpfen.
General-Vertreter für ganz Deutschland zur Herbstmesse in Leipzig:
Joseph Goldstein, Berlin N 37, Chariner Straße 62
Postcheckkonto: Berlin 38610.

Verordnung.
Auf Grund der §§ 57 und folgende der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 vom 21. Juni 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 507) wird für den Gemeindebezirk Berlin angeordnet:
§ 1.
An der Zeit vom 17. Juni 1918 bis 7. Juli 1918 ist der mit „M“ bezeichnete, über 200 g Brot lautende Abschnitt der Brotkarte unzulässig.
Die Abgabe und Entnahme von Brot darf auf diesen Abschnitt nicht erfolgen.
§ 2.
Zwischenhandlungen werden gemäß § 79 der Reichsgetreideordnung vom 21. Juni 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 531) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfzigtausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Der Versuch ist strafbar.
§ 3.
Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.
Berlin, den 30. Mai 1918.
Magistrat
der königlichen Haupt- und Residenzstadt.
Wermuth.
Seltzen: Nr. 1. Zu 10911.

Zeitungsträger
für den „Vorwärts“ wird ein- gestellt. Bassend für Anzeigen. **Zeitl. Lichtend rg.**
Wartenbergstr. 1.
Reisezeit 11-12, u. 4-7 Uhr
Mehrere 100

Arbeiter.
nicht mehrpflichtige Leute, für auserhalb gesucht. Zu melden bei **Carl Brandt, Berlin W 9, Scheinstraße 7.**

Tüchtige Maurer und Träger
verlangt **Hugo A. Singer,**
24206* Wilmersdorf, Schönberg, Gendelinstraße 4.

Schlosser Kupfer- und Schmied
und Rohrleger sucht **Schultheiß' Brauerei A.-G.,**
Lichterfelde Str. 1-17.

Puzer gesucht.
Gartung Attiengerei-Gesellschaft, Berlin Lichterfelde, Gerabergstraße 122-24.

Spezialarzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
direkt am Stadtbahn- Bahnhof, von Zehn bis. Haut-, Horn-, Frauenleiden, Wes.: chron. Niere, Samerische, Nierste Bebandg. ohne Berufshörung. Blutuntersuchung. Näs. Preise Teilzahlung. Sprechstunden L. bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1

Leiterwagen
und alle anderen Transport- geräte lief. billig. Groß. Borrat **G. Wagner, Cöpenick Str. 71**
Mittels, 1000fach
u. 9,50; Groß. 1ret.
Apoth. Lautensteins Vorstand
Spremborg L. 44.

Zähne m. eht. Friedenskautschuk 3,50 M.
5 Jahre Garantie. Jahrgesunden m. Behandlung bei Genuß d. Gebissen gratis. Goldfronen v. 20 M. an. Spez. Zähne ohne Zahnpraxis Halvani, Edle Schönk. Allee. 1, Wamelnpl.

Monteure,
geübte Maschinenbauer, vertraut mit dem Bau von Dampfmaschinen, für Beckstättmontage, geeignetenfalls auch für spätere Reijemontage, gesucht.
Typograph G. m. b. H.,
Guttenstr. 17/19.

Erdarbeiter
für dringende auswärtige Heerdearbeiten sucht
Bauunternehmung **Leonhard Moll, München-Berlin.**
Anmeldungen: Berlin O, Ropenstr. 5. [24165*]

Hautjucken
(Krätze) wirksames Spezialmittel
6 M. Dopp. Portionen (2 Pers.) 10 M.
Apoth. Lautensteins V. r. Spremborg L. 44
Wohnpflanze und Arbeiter- klasse von Heinrich Canow u. a. dürfte bald im Vordergrund der politischen Erörterungen stehen. Preis gebunden 3,- brosch. 4,- M. Vorwärts- Sortiments-Buchhandlung, Lin- denstraße 3, Laden.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
bes. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufshör. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Horn-, Frauenleiden, Schwäche, Erbrochene, Weibchen Horn- und Blutuntersuchung. Babnhoi **Königstr. 34/36,** Alexanderber: Str. 10—11, 3-8, Sonnt. 10-1

Austrägerinnen
für den „Vorwärts“
werden eingestellt in folgenden Filialen
Berlin: Markusstr. 36.
Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
Schöneberg: Meininger Straße 2.
Charlottenburg: Seseheimer Str. 1.
Tempelhol: Ueckermann, Kaiser-Wilhelm-Str. 74
Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1
Weißensee: Wamelowaki, Berliner Allee 11
Meldozeit von 11 bis 1 1/2, Uhr und 4 1/2, bis 7 Uhr.